

Stellungnahme gegen die aktuellen Ausgangsbeschränkungen

Der Landesvorstand bekräftigt die Aussagen der Landessprecher*innen Zaklin Nastic und Keyvan Taheri zu den verhängten Ausgangssperren.

„Nach der Vorstellung des Senats ist für die Senkung der Inzidenzzahlen eigentlich nur der private Bereich zuständig. Während es bei der Wirtschaft wieder nur beim Appell bleibt, Maskenpflicht und Schnelltests einzuführen und alle Mitarbeiter:innen, bei denen dies möglich ist, ins Homeoffice zu schicken, wird das, was von unserem über nun schon mehr als ein Jahr immer weiter eingeschränkten Privatleben noch übrig ist, noch weiter eingegrenzt. Menschen stecken sich in Großraumbüros an und auf dem Weg zur Arbeit – doch statt alle nicht “systemrelevanten” Bereiche für einen klar begrenzten Zeitraum völlig herunterzufahren, geht es nur immer wieder an unser Freizeitverhalten. Die psychischen Folgen der drastischen Kontaktbeschränkungen wiegen die verschwindend geringe Wirkung auf das Pandemiegeschehen nicht auf. Die Pandemie zwingt zur Entschlossenheit, für die unseren Regierungen auf Bundes- und Landesebene aber die Kraft fehlt. Die Folge werden mehr Infizierte und sogar mehr Tote sein.“

„Immer mehr Bürger:innen fehlt das Verständnis für eine nächtliche Ausgangssperre. Und das zu Recht: Diese Maßnahme ist nicht nur einseitig und wirkungslos, sie verärgert auch diejenigen, die sich aus Überzeugung pandemiekonform verhalten. Deutschlands ewiger Halb-Lockdown schädigt nicht nur unser Privatleben; sondern auch Einzelhandel, Gastronomie und die Unterhaltungsbranche: Hier droht viel zu oft der völlige Ruin. Unsere Regierungen opfern das, was unsere Gesellschaft aus- und unser Leben lebenswert macht, damit größere Betriebe, vor allem in den Bereichen Logistik und Produktion, weiterhin ungestört arbeiten können. DIE LINKE lehnt diese falsche Weichenstellung ab. Die Lasten der Krise müssen endlich gerecht verteilt werden – genau wie die Gewinne, die einige Unternehmen nun machen. Wer die aktuelle dritte Welle brechen und künftige Wellen stoppen will, muss konsequent alles schließen, was nicht unbedingt zum täglichen Leben notwendig ist.“

Corona ist eine existentielle Bedrohung unserer Gesundheit, aber eben auch unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die vom Hamburgischen Senat erlassene Ausgangsbeschränkung stellt eine unverhältnismäßige Einschränkung von in der Verfassung geschützten Grundrechten dar! DIE LINKE Hamburg weist sie daher scharf zurück.

Statt einer Ausgangssperre für die Hamburger Bevölkerung kämpfen wir für eine solidarische Lösung der Krise rund um Corona. Alle Regierungsmaßnahmen müssen verhältnismäßig, erforderlich und angemessen sein. Sie dürfen nicht in Hamburger oder Berliner Hinterzimmern entschieden werden, sondern müssen in der Zivilgesellschaft diskutiert werden.

Die pauschale Außerkraftsetzung der Freizügigkeit für 1,8 Millionen Hamburger:innen inklusive der sozialen, psychischen und physischen Konsequenzen der Einsperrung (häusliche Gewalt etc.) ist eine unverhältnismäßige Verletzung von Grundrechten.

29. April 2021

Vor diesem Hintergrund kämpft die LINKE Hamburg weiterhin für eine solidarische Pandemiebekämpfung und für die Umsetzung der demokratischen und sozialen Grundrechte – es geht um gute Arbeitsbedingungen, psychische und physische Gesundheit und auch um die Rekommunalisierung der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen .

Die LINKE Hamburg wird ihre Ablehnung der Ausgangsbeschränkung auf die Straße tragen.